

Zukunft der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation

Bericht über die Tagung „Die Internationale Ordnung und die Zukunft der Rüstungskontrolle nach dem Golfkrieg“

Donnerstag, den 3. Juli bis Freitag, den 4. Juli 2003

Landesvertretung der Hansestadt Hamburg in Berlin

Die Doppelkrise um den Irak und Nordkorea hat Fragen der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation eine erneute Aktualität verliehen. Dies prägte auch Inhalt und Ablauf der zweiten Tagung zur Zukunft der Rüstungskontrolle. Veranstaltet wurde dieser zweite Workshop des Projektes vom „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg“ (IFSH) und dem „Forschungsverbund Naturwissenschaft Abrüstung, Naturwissenschaft und internationale Sicherheit“ (FONAS). Im Rahmen des von der Berghof-Stiftung unterstützten Projektes „Zukunft der Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nonproliferation“ widmete sich die Tagung zum einen grundsätzlichen Problemen der Rüstungskontrolle und der globalen Ordnungspolitik im Lichte der aktuellen Ereignisse. Zum anderen wurden Fragen nach dem Verhältnis von substaatlichen Akteuren und Rüstungskontrolle, humanitären Problemen und der Beitrag Europas in den Blick genommen. Das Treffen ist eine Ergänzung der ersten Tagung „Zukunft der Rüstungskontrolle“ vom Dezember 2002. Während der erste Workshop eine Fachtagung mit Rüstungskontrollern war, widmete sich die zweite Tagung dem Dialog mit der Öffentlichkeit und den NGOs.

Den *ersten Tag* leitete *Götz Neuneck*, Projektleiter am IFSH, ein. Es wurde ein kurzer Überblick über die Ergebnisse der Dezemberversammlung gegeben und in das inhaltliche Programm der Tagung eingeführt. Im Zentrum standen die Krisen um den Irak, Nordkorea und Iran. Hier müssen plausible und effektive Rüstungskontrolllösungen gefunden werden, damit das Rüstungskontrollnetzwerk erhalten bleibt. Insbesondere kann die dritte und zentrale Säule der Rüstungskontrolle - der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ernsthaft in Gefahr geraten, wenn weitere Staaten aus dem NVV austreten. Auch muss bei einer Lösung in und um den Irak die Rüstungskontrolle in der Region gestärkt werden. Das Ziel einer Zone, die frei von Massenvernichtungswaffen ist, muss oberste Priorität erhalten.

Otfried Nassauer, Leiter der Berliner Zentrums für Transatlantische Beziehungen (BITS), betonte bei seiner Analyse der Rüstungskontroll- und Non-Proliferationspolitik der Bush-

Administration, dass nach einer Phase der „Dekonstruktion von Rüstungskontrolle“ auch wieder eine Phase der „Rekonstruktion“ folgen würde, denn Washington habe nicht die Mittel für „multiple wars“. Dafür müssten neue Konzepte, gerade auch von europäischer Seite, entwickelt werden. In Bezug auf die Präventive Rüstungskontrolle empfahl er eine kluge Politik der Technologiefolgenabschätzung, ein gezieltes „agenda setting“ und ein stärkeres Engagement der Europäer, was z.B. im Falle Nordkoreas nicht der Fall war.

Andreas Zumach, freischaffender Journalist aus Genf, verwies darauf, dass im Falle der Massenvernichtungswaffen des Irak systematisch gelogen und die Bedrohung übertrieben wurde. Der Journalist bemängelte, dass diese Debatte nicht aufgearbeitet wird, dass wichtige UNSCOM-Unterlagen, die den Rüstungsexport aus westlichen Ländern belegen könnten, unter Verschluss gehalten werden und dass die lokalen Bedingungen im Irak nun zulassen, dass Wissen und Material aus dem Irak in das Umland „proliferieren“ können. Die „Counterproliferations-Debatte“ aus den 90er Jahren sei in Europa nicht ernst genug genommen worden und weitere „Abrüstungskriege“ seien möglich. In der anschließenden Diskussion wurde von mehreren Teilnehmern betont, dass „UNSCOM/UNMOVIC eine Erfolgsgeschichte“ sei und dass das dort angesammelte Wissen und die Ausrüstung unbedingt erhalten werden müssten. Auch sei eine nochmalige Aufarbeitung der Debatte der Massenvernichtungswaffen in Zusammenhang mit dem Irak nötig.

G. Neuneck gab einen Überblick über das Nuklearprogramm sowie die öffentlich verfügbaren Erkenntnis der B- und C-Waffenpotentiale des Iran. Die Sicherheitslage vom Iran aus gesehen kann durchaus dazu führen, dass Stimmen im Iran verstärkt eine nukleare Bewaffnung fordern. Dennoch bestehen durchaus noch Zeit und Gelegenheit, dem Iran diese Option abzuhandeln. Auf dem B- und C-Waffensektor könne die EU mit dem Iran eigene Inspektionen organisieren. Der Iran könne das Zusatzprotokoll unterschreiben und die Anlagen in Bushir, Natanz und Arak könnten von der IAEO überprüft werden. Das Ziel einer MVW-Zone im Mittleren Osten sei ebenso nötig wie die Abgabe von Sicherheitsgarantien.

Mark Suh von der FU Berlin und südkoreanisches Mitglied des Pugwash-Councils zeigte, dass das nordkoreanische Regime sich immer wieder von Freunden und Verbündeten (Russland und China) verlassen fühlte. Mit den USA sei man immer noch im „Kriegszustand“, insbesondere befürchte man seit Anfang Dezember 2002 einen Angriff. Trotzdem sei in den letzten Jahren ein ermutigender Wandel und eine vorsichtige Öffnung zu verzeichnen. Nordkorea sei auf die USA fixiert, was multilaterale Möglichkeiten sehr begrenze. Künftige Aussichten auf eine durchgreifende Entspannung wurden auch in der Diskussion skeptisch beurteilt.

Am Abend wurde eine *Podiumsdiskussion* mit Vertretern des Parlamentes (Uta Zapf, Vorsitzende des Unterausschusses für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung), der Bundesregierung (Botschafter Dr. W. Schmid, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen

der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung) und von Nichtregierungsorganisationen (X. Hall/IPPNW; T. Gebauer/Medico International und Dr. W. Liebert/FONAS) durchgeführt, die von G. Neuneck moderiert wurde. *Frau Zapf* trat für eine breite Palette von inkrementalen Maßnahmen zum Erhalt des internationalen Rüstungskontrollgebäudes ein. Angesichts des Aktionsplans der EU zum Thema Massenvernichtungswaffen sprach sie sich für eine gesellschaftliche Diskussion von Gewaltanwendung zur Proliferationsvermeidung aus. *Botschafter Schmid* sah es als unproduktiv an, immer wieder zu betonen, dass es der Rüstungskontrolle „schlecht gehe“. Neue Lösungen müssten insbesondere bei Kleinwaffen und Minen gefunden werden. Die aktuellen Probleme würden die theoretischen Konflikte einholen. Zwangsmaßnahmen seien lediglich eine „letzte Möglichkeit“. *Xanthe Hall* von der IPPNW forderte konkrete Initiativen zum Erhalt des NVV, so z.B. die Aufgabe der nuklearen Teilhabe von Deutschland, eine Einbeziehung von taktischen Nuklearwaffen in die Rüstungskontrolle und das Ernstnehmen von negativen Sicherheitsgarantien. *Wolfgang Liebert* bemängelte die Langsamkeit der offiziellen Rüstungskontrollpolitik, das eher dem „Tagebuch einer Schnecke“ als den Forderungen des Koalitionsvertrages entspreche. Vorgeschlagene Vertragserweiterungen wie der „Fissile Material Cut-Off“ seien „inkremental“ und angesichts der augenblicklichen Situation nicht aussichtsreich. Mutige Initiativen zur Rüstungskontrolle fehlten ebenso wie ein Gesamtkonzept, das auch die Technologiepolitik mit ein beziehe. *Thomas Gebauer* verwies darauf, dass die Rüstungskontrolle „zu veralten“ drohe und angesichts der neuen Herausforderungen konzeptionell nicht vorangetrieben werde. Im Bereich der Rüstungsexporte, der nicht-lethalen Waffen (Calmatives, Mikrowellen), der „mini-nukes“ und der B-/C-Waffen würden Anstrengungen unternommen, um den Rüstungskontrollgedanken zu unterlaufen. In der anschließenden Diskussion wurde angeführt, dass die Mittel des AA und des Bundestags nur gering seien und dass Rüstungskontrolle inzwischen ein Expertenthema sei, das kaum andere Parlamentarier interessiere. *Botschafter Schmid* meinte, die Rüstungskontrolle müsse „raus aus der Nische“, würde aber auch nicht im „luftleeren Raum“ gemacht und müsse sich den Realitäten anpassen. Dazu gehöre aber auch, wie ein Teilnehmer meinte, die Einbeziehung des rüstungstechnologischen Fortschritts, so z.B. bei den nicht-letalen Waffen (NLWs) und von Minirobotern. Die NGO-Vertreter forderten, dass die deutsche Rüstungskontrolle in den allgemeinen Zusammenhang eingepasst werden müsse und das konkrete Initiativen bei NLWs, Cluster-Bomben, DU-Munition, taktischen Kernwaffen, der Weltraumproblematik und der Sicherung von nuklearwaffenfähigem Material notwendig seien.

Der *zweite Tag* begann mit einem Referat von *Kathryn Nixdorff* von der TU Darmstadt zum Thema „Biologische Waffen sowie der Stand und Zukunft der B-Waffenkonvention“. Die Vortragende verwies darauf, dass im BWC schon die Absicht B-Waffen herzustellen verboten sei. Abgesehen von definitorischen Fragen waren die NLWs, das Thema „biosecurity“ und

NGO-Initiativen zur Stärkung der biologischen Rüstungskontrolle Schwerpunkt des Vortrags. Diskutiert wurde die Frage, was mit Staaten geschieht, die nicht kooperativ sind und welche Möglichkeiten „whistleblowing“ und „Codes of Conduct“ bieten.

Thomas Gebauer von Medico International trug zum Thema „Rüstungskontrolle und nicht-staatliche Akteure – eine Chance für neue Koalitionen“ vor. Ausgehend von den Erfahrungen zum Abschluss der Landminenkonvention trat Gebauer dafür ein, dass „effektive Rüstungskontrolle“ in den jeweiligen konkreten Kontext eingebunden werden müsse. Staatlichkeit sei heute in weiten Teilen der Erde aufgelöst. NGOs können die Öffentlichkeit vorbereiten und Akteure erreichen, die sonst nicht erreicht werden. NGOs seien eine Art „professionalisierte Öffentlichkeit“. Untersucht wurde nicht nur, wer unter dem Label „non-state actors“ firmiert (Terroristen, Warlords, Söldner, Freiheitsbewegungen etc.) sondern auch Anstrengungen, Brücken zu diesen Gruppen zu bauen („Geneva Call“). Rüstungskontrolle müsse auch im lokalen Kontext ermöglicht werden.

Herbert Wulf, ehem. Direktor des BICC, Hamburg analysierte die augenblicklichen Anstrengungen der EU, eine eigene Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen. Dazu gehöre, nach seiner Meinung, auch eine eigene Rüstungskontrollpolitik. Die europäische Verfassung verschärfe das Problem des Gewalteinsatzes, da hier keine parlamentarische Kontrolle vorgesehen ist. Dennoch sei der Wunsch, Europa solle als „Zivilmacht“ handeln, den Plänen der EU zu entnehmen. Die Rüstungsbudgets wüchsen nicht weiter. Die Europäer sollten selbstbewusster auftreten, allerdings auch auf dem Feld der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Thilo Marauhn, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Giessen behandelte das Thema „Die Revolution in Military Affairs“ als Herausforderung an die Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle und Völkerrecht“. Die Suche nach Überlegenheit sei ein treibender Faktor der RMA und besitze das Potential auch Demokratien zur „Unfriedlichkeit“ zu bewegen. Ungelöst aber sei auch nach dem Irak-Krieg die Konfliktfolgenbewältigung. Außerdem bedrohe der Druck der technologischen Entwicklung die existierende Rüstungskontrollarchitektur. Nötig sei eine Rüstungskontrolle für den Weltraum und die Einhegung von Informationsoperationen. Die internationalen Regeln zum Gewaltverbot müssten bewahrt werden.

Nach einer kurzen Abschlussdiskussion dankte G. Neuneck den Mitarbeitern C. Mölling, M. Schaaf und T. Wilkens, sowie der Landesvertretung Hamburg und der Berghof-Stiftung für die Hilfe, Gastfreundschaft und Unterstützung. Es wurde angeregt, jährlich ein solches Treffen wieder zu veranstalten.